
Prolog

„Wozu soll ich die Demokratie verteidigen? Inwiefern würde es mir unter einem freundlichen Diktator denn schlechter gehen als heute?“, warf mir ein junger Mann neulich entgegen. Wie so oft in den vergangenen Jahren und immer dringlicher in den letzten Monaten war ich von einer Schule, Erwachsenenbildungseinrichtung, zivilgesellschaftlichen Organisation oder Glaubensgemeinschaft zu einem Referat und Diskussionsabend über Qualität und Zukunft der Demokratie eingeladen worden. Die Gastgeber:innen waren in Sorge um den Zustand der Demokratie, suchten in ihrem Unbehagen bei mir nach wissenschaftlicher Orientierung und praktischen Lösungswegen. „Wie nimmt die Demokratie derzeit Schaden und was können wir zu ihrer Verteidigung tun?“ bildet den Kern jener Fragen, die in der Vorbereitung der Veranstaltung an mich herangetragen werden. Meistens teilt das Publikum die Sorge und die Suche nach Rat, die die Gastgeber:innen umtreiben, lauscht betrübt nickend den Ausführungen und erzählt in der Diskussion eigene Anekdoten; gemeinsam bestärken wir einander in unseren jeweiligen Handlungsfeldern, tauschen uns aus, wie wir demokratische Werte und Normen schon in unserem Alltag und Arbeitsumfeld stützen und darüber hinaus politisch wirksam werden können.

Ich schätze diese Vortragsabende und Podiumsdiskussionen, die ich mit einer engagierten deutschen, österreichischen, europäischen Zivilgesellschaft verbringe, unter Menschen, die die sozialen und politischen Entwicklungen mit Sorge

betrachten, eine Verschiebung des gesellschaftlichen Gravitationssystems ins Autoritäre ausmachen und sich dagegenstellen wollen. Jene Abende sind zwar aufgrund des bedrückenden Themas nicht leicht, aber sie sind miteinander leicht zu erleben. Wir sprechen zueinander und füreinander.

Nicht selten hinterfragt das Publikum jener Veranstaltungen in tiefen Seufzern die (meist) Abwesenden, rätselt, warum manche seiner Mitmenschen Parteien wählen, die die Demokratie aushöhlen, auf lange Sicht gar zerstören. „Woher kommt der Hass?“, fragt eine Besucherin. „Wir brauchen mehr politische Bildung!“, wirft eine andere ein. „Ein Parteienverbotsverfahren muss her!“, ruft jemand vehement. Schnell wird in der Diskussion nochmals deutlich, was bereits der unausgesprochene Ausgangspunkt der Veranstaltung war: Wir verteidigen die Demokratie, werden vielleicht erst in dieser Verteidigung zu einem *Wir*, stehen jedenfalls auf der richtigen Seite. Immerhin gibt uns schon das bekannte Churchill-Zitat recht, das immer dann herangezogen wird, wenn man zugeben muss, dass die Demokratie nicht fehlerfrei, aber alles andere viel schlimmer sei: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – bis auf all die anderen Formen, die von Zeit zu Zeit probiert wurden.“

Ich meine, das reicht nicht.

Ich bin der Überzeugung, dass wir von der Frage „Wozu soll ich die Demokratie verteidigen?“ ausgehen sollten, die mir jener junge Mann in einem meiner *Demokratie Repaircafés*, die ich seit der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre in Schulen und Lehrwerkstätten durchführe, stellte. Ich erachte die Fragestellung nicht als Provokation, sondern als Aufgabe, diese Überlegungen anzustellen und Antworten zu geben. Was wollen wir beschützen, wenn wir mit *Demokratie verteidigen*-Transparenten auf der Straße stehen? Was haben wir zu fürchten, wenn uns Ungarns „illiberale Demokratie“ als Schreckgespenst

gegenübersteht? Wieso misstrauen wir Populistinnen und Populisten, die uns versprechen, die „echte“ und „wahre“ Demokratie (wieder-)herzustellen?

Ich bin mir sicher, dass wir die Demokratie besser und effizienter schützen, wenn wir uns der Zumutung stellen, sie zu hinterfragen, indem wir sie an ihren Idealen messen. Denn in der Praxis hat sie zweifelsohne Schwächen und funktioniert nicht für alle gleich gut. Um sie zu verteidigen, müssen wir von ihren Vorzügen überzeugt sein. Die Grundfrage dieses Essays lautet demnach: Was hält das Ideal der Demokratie für die Gesellschaft und für jede:n Einzelnen bereit und wie lässt sich dieses Versprechen erfüllen?

Erst wenn wir unsere Argumente schärfen, uns mit den Fehlern der Demokratie auseinandersetzen und sie bearbeiten, kann der Aufruf „Demokratie verteidigen!“ überzeugen. Hierfür müssen wir die provokanten Fragen nicht nur zulassen, sondern uns ihnen inhaltlich stellen.

Autoritäre Versuchung

Die herannahenden 2030er-Jahre rufen sowohl in der Wissenschaft als auch im öffentlichen Diskurs Vergleiche mit den 1930er-Jahren wach, mit der Zerstörung der Weimarer Republik oder der Ersten Republik Österreich. Auch wenn es markante situative Unterschiede gibt, liefern diese beiden vergangenen Republiken doch wichtige Anhaltspunkte für die Übergänge von Demokratien in Autokratien. Denn es gibt nicht nur *einen* Moment des Regimewechsels, sondern der Wandel erfolgt schrittweise, oft schleichend und anfangs für die Bevölkerung unmerklich. Angriffe auf die Demokratie gehen gegenwärtig zunehmend von ordnungsgemäß gewählten Regierungen und nicht von Putschen aus. Dieser allmähliche Abbau der Demokratie vor einer Fassade der Legalität macht es Opposition und Zivilgesellschaft schwer, Widerstand zu organisieren und aufrechtzuerhalten, zumal er die Bevölkerung desensibilisiert, indem sich ihr Maßstab für demokratische Normalität nicht abrupt, sondern langsam verschiebt.

Die Politikwissenschaft untersuchte in den vergangenen Jahren auch in Europa vermehrt Prozesse, durch die gewählte Amtsinhaber:innen die rechtsstaatlichen Kontrollinstitutionen schwächen, politische und bürgerliche Freiheiten beschneiden und die Integrität des Wahlsystems untergraben.¹²⁰ Längst erfolgt die politikwissenschaftliche Einteilung nicht mehr in Gegensatzpaaren wie *Demokratie* und *Diktatur*,

sondern orientiert sich an hybriden Regimen von der liberalen Demokratie über die Wahldemokratie zur Wahlautokratie und schließlich zur geschlossenen Autokratie. Im Jahr 2023 ließ der V-Dem-Report damit aufhorchen, dass es zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten auf der Welt mehr geschlossene Autokratien als liberale Demokratien gab.¹²¹ Nun, zum Abschluss des ersten Quartals des 21. Jahrhunderts, scheint die „illiberale Demokratie“¹²² sich als die weltweit vorherrschende Norm zu etablieren.

Der Wandel hat eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Komponente; er korrespondiert mit Verlusten von Freiheit und Gleichheit, mit Verlusterfahrungen in der Gestaltbarkeit der je eigenen Lebensverhältnisse und damit Zweifeln an der Leistungsstärke des politischen Systems, die in der subjektiven Anspruchshaltung mitunter überzogen erscheinen, aber in der Breite objektiv sozioökonomisch nachvollziehbar sind. Der britische Historiker Tony Judt machte bereits in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 auf eine Parallele zu den 1930er-Jahren aufmerksam, die nunmehr angesichts von Krieg in Europa und Rezession noch dringlicher wirkt: Die mangelnde wirtschaftspolitische Regulation zählte zu den wichtigsten Ursachen für den Aufstieg autoritärer Regime und die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Neben der Verarmung der Massen seien Angst und Enttäuschung des Bürgertums jene Triebfedern gewesen, die zum Faschismus geführt hätten. Deswegen sei die größte Aufgabe und Errungenschaft der Nachkriegspolitik und insbesondere „kluger Konservativer“, so Judt, gewesen, die bürgerliche Oberschicht und obere Mittelklasse an den Wohlfahrtsstaat und seine demokratischen Institutionen zu binden. Sie hätten erkannt, dass man Krisen nicht allein mit antizyklischer Wirtschaftspolitik verhindern könne, sondern dass es den Sozialstaat brauche, was wiederum nach progressiven Steuern und einem regulierten Markt verlange. Es liegt nach dieser Lesart auch heute wieder vor allem

an den bürgerlichen, konservativen Parteien, ob sie als Türsterinnen oder Türöffnerinnen für Rechtsautoritäre – aus den eigenen Reihen beziehungsweise als Koalitionspartnerinnen – fungieren.

Die Krise der Repräsentation in Bezug auf Freiheit und Gleichheit zu beantworten und den Spielsinn der Demokratie neu zu fassen, erscheint als dringlichste Aufgabe, um der autoritären Versuchung zu widerstehen. Tony Judt fasste diese politische Mammutaufgabe zur Verteidigung der Demokratie in einer Transformationsgesellschaft wie folgt zusammen: „Von all den konkurrierenden und nur partiell miteinander zu vereinbarenden Zielen, die wir anstreben, muss an oberster Stelle der Abbau von Ungleichheit stehen. Bei dauerhafter Ungleichheit sind alle anderen erstrebenswerten Ziele viel schwerer zu erreichen.“¹²³ Die steigende Ungleichheit führt nämlich zu einer sozioökonomisch polarisierten Gesellschaft, zu Anerkennungskonkurrenz und neuer Härte, die sich in sozial- oder migrationspolitischen Fragen als „Wir können nicht allen helfen“ äußert. Dass solch eine „ökonomische Triage“, wie sie der Philosoph Richard Rorty nannte, vermieden werden könne, bedarf aber des Glaubens an die positive Gestaltbarkeit der Zukunft, bedarf „sozialer Hoffnung.“¹²⁴

Erst wirtschaftlicher Aufschwung und materielle Angleichung der gesellschaftlichen Klassen hatten Raum für die sozialliberale Demokratie geschaffen. Die Demokratie beziehungsweise die Überzeugung von Demokratie als relativ beste Staatsform ist folglich von wirtschaftlichem Wachstum abhängig. Mittlerweile wächst jedoch kaum mehr die Wirtschaft, sondern vielmehr die „Zone der Verwundbarkeit“, wie der französische Soziologe Robert Castel jenen gesellschaftlichen Bereich bezeichnet, in dem die subjektive Sicherheit erodiert, wo prekäre Beschäftigung, geringe soziale Absicherung, sozialer Abstieg oder Abstiegsängste und geringere gesellschaftliche